NSDAP verbietet Streiks und Erwerbslosenkämpfe

Neue Terroraktion der Nazis — Mobilisiert in Betrieb, Stempelstelle und Gewerkschaft für die Antifaschistische Aktion!

Wir konnten in unserer Sonntagsausgabe die neuen Pläne der Nazis zur Entfaltung einer breiten Terrorkampagne vor den Berliner Betrieben und Stempelstellen mitteilen. Provokatorisch sollen größere Terrorkolonnen der SA. zusammen mit „Angriff"-Verkäufern vor den Betrieben und Stempelstellen postiert werden.

In den letzten Monaten haben die Nazis mit allen Kräften versucht, in die Reihen der Arbeiterschaft einzudringen. Trotzdem sie wochen- und monatelang immer wieder versuchten, mit den schlimmsten Terrormethoden die Erwerbslosen auf den Stempelstellen einzuschüchtern, trotz ihrer Hib-Aktionen, die im engsten Bunde mit den Unternehmern durchgeführt wurden, um für ihre arbeiterfeindliche Politik Positionen in den Betrieben zu schaffen, trotz der gewaltigen Propaganda, die mit den Geldern durchgeführt wurde, die das Finanzkapital zur Verfügung stellte, ist ihnen das im wesentlichen nicht gelungen.

Nicht zuletzt ist das darauf zurückzuführen, daß es gelang, die Massen der Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß die NSDAP. die Partei der Streikbruchorganisierung, die Partei der Zertrümmerung der letzten Rechte der Arbeiterschaft ist. Die Nazis wissen genau, daß diese Erkenntnis eines der größten Hindernisse für sie ist, mit ihrer faschistischen Ideologie in die Arbeitermassen einzudringen. Deshalb versuchen sie jetzt plötzlich zu behaupten, daß sie gar nicht Gegner der Streiks seien; deshalb versuchen sie plötzlich, sich als Freunde der Erwerbslosen hinzustellen.

Wenn sie unter sich sind, reden sie allerdings eine andere Sprache. Vor uns liegen eine Reihe von Dokumenten, die beweisen, mit welcher unverschämten Demagogie sie versuchen, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Wir haben kürzlich bereits mitgeteilt, daß auf einem Amtswalter-Kursus der Nationalsozialistischen Betriebs-Organisation, Bezirk Mitte, der Referent Spierock erklärte:

„Ich möchte hier erklären, daß im nationalsozialistischen Staat nicht gestreikt werden kann. Das Streikrecht wird abgeschafft und der Streik wird als staatsgefährdend unter Strafe gestellt. Im nationalsozialistischen Staat werden die Forderungen ein für allemal festgelegt, und es besteht dann keine Ursache, diese Festlegungen gewaltsam zu ändern."

In demselben Kursus führte Spierock gleichzeitig aus, welche Rolle die Nazis den Betriebsräten zugedenken wollen. Sie sollen zu einem Hilfsorgan der Unternehmer, zur besseren Ausplünderung der Belegschaft werden. Er führte aus:

„Der Betriebsrat soll andere Funktionen haben als heute. Er hat keine Rechte, sondern lediglich beratende Stimme im ‚betriebsverbessernden' Sinne."

Gleichzeitig liegt uns ein Dokument vor, das beweist, daß die Nazi führer die Kämpfe der Erwerbslosen um ausreichende Unterstützung, um Arbeit und Brot mit demselben Haß verfolgen, wie die Kämpfe der Betriebsarbeiter um ausreichenden Lohn. Die NSBO. verschickte ein Rundschreiben, in dem Anweisungen der Reichsleitung der NSDAP. über die Einstellung zur Erwerbslosenbewegung mitgeteilt werden. Dort heißt es:

„Erwerbslosenausschüsse: Hieran haben sich die NS. und PG. auf keinen Fall zu beteiligen. Ueber die Arbeit dieser meist kommunistisch eingestellten Erwerbslosenausschüsse haben die Parteidienststellen der zuständigen NSBO.-Gauleitungen monatlich zu berichten. . . . Nochmals sei darauf hingewiesen, daß kein Pg. sich an den sinnlosen Aufmärschen pp. der RGO. usw. in irgendeiner Form zu beteiligen hat."

Die Erwerbslosen führen einen verzweifelten Kampf um die Erhaltung ihrer letzten Hungergroschen. Die NSDAP., die sich in der Oeffentlichkeit als eine Partei hinstellen möchte, die auch die Interessen der Arbeitslosen vertritt, kommt dem bedrängten Finanzkapital zu Hilfe und verbietet ihren irregeführten Mitgliedern die Beteiligung an diesem Kampfe. Ja, die Naziproleten werden zur Bespitzelung der von den Erwerbslosen gewählten Erwerbslosenausschüsse aufgefordert.

Diese Dokumente und Ausführungen sind ein Alarmruf für die gesamte Arbeiterklasse, ein Alarmruf vor allem auch für die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter. Sie zeigen der Arbeiterschaft, was sie von einer Regierung unter nationalsozialistischer Führung zu erwarten hätte. Die Papen-Regierung ist bereits gebildet, um den Nazis den Weg zur Regierungsbeteiligung freizumachen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie finden sich jetzt bereits mit dieser Regierung ab. Sie werden weiterhin alles tun, um durch die Abwürgung der Arbeiterkämpfe, wie jetzt wieder beim Wurstarbeiterstreik, und durch die Mitwirkung bei Lohnabbauschiedssprüchen, um durch die Abschließung freiwilliger Lohnabbauvereinbarungen, außerparlamentarisch der Papen-Regierung und den Nazis alle Widerstände aus dem Wege zu räumen.

Für die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere für die Millionen Gewerkschaftsmitglieder, ist das eine Mahnung, daß sie nur durch die

Einreihung in die Antifaschistische Aktion,

den Plänen der Nazis, die die Pläne des Finanzkapitals sind, entgegentreten können.

In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen gemeinsame Beschlüsse zum Kampf gegen die Regierung Papen gefaßt werden. Gemeinsam gilt es, den Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen zu organisieren. In jedem Betrieb und in jeder Betriebsabteilung müssen konkrete Maßnahmen des Widerstandes gegen den Lohnabbau beschlossen werden. In breitester Einheitsfront müssen alle antifaschistischen Arbeiter gegen den Naziterror und die Naziagitation in Betrieb und Stempelstelle vorgehen! Gemeinsam gilt es, den Kampf um die Entfernung faschistischer Antreiber aus den Betrieben aufzunehmen. Dabei gilt es gleichzeitig den irregeführten Naziproleten klarzumachen, zu welcher erbärmlichen Rolle im Dienste des Finanzkapitals sie mißbraucht werden sollen.

Bildet in allen Betrieben und Stempelstellen Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion, die diesen Kampf organisieren!

Eisenbahner schließen rote Einheitsfront

Einheitskomitee in Saarbrücken — Ein Schritt zur Verwirklichung des RGO.-Appells

In Saarbrücken tagte am 29. auf Veranlassung des Verbandes der Eisenbahner (RGO.) eine Konferenz der Arbeiterausschußleute der Saareisenbahn, mit der Tagesordnung: Wie stellen wir die Einheitsfront her?

58 Mitglieder der örtlichen Arbeiterausschüsse, darunter 4 Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (freie Gewerkschaft), 3 der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Christen), 4 des Handwerkerverbandes und 2 des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes (Hirsch-Duncker) versammelten sich auf dieser Tagung. **Alle anwesenden Funktionäre der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen betonten die Notwendigkeit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront.** Besonders hervorzuheben sind die Ausführungen eines Funktionärs des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, der noch bis vor kurzem jedes Zusammengehen mit der RGO. und den Kommunisten ablehnte:

„Ich bin mit den Ausführungen des Referenten vollständig einer Meinung und will nur sagen, daß uns nur die KPD. und ein Sowjetdeutschland aus dem grausigen Elend retten können".

Einstimmig wurde ein bezirkliches Einheitskomitee aus sozialdemokratischen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und kommunistischen Arbeitern gebildet, welches eine Einheitsfrontkonferenz auf der breitesten Grundlage organisieren soll.

Eisenbahner schaffen Stoßbrigaden

In der letzten Entlassungsaktion glaubte die Eisenbahnverwaltung durch Entlassung vornehmlich revolutionärer Arbeiter die Eisenbahnbetriebe zu säubern. Im Bezirk Südbayern sind in einer Werkstatt 53 Mitglieder der RGO. entlassen worden. Die Industriegruppenleitung faßte die entlassenen RGO.-Mitglieder zusammen, bildete Stoßbrigaden, mit welchen sie besonders wichtige Eisenbahnerdienststellen bearbeiten läßt.

Wöchentlich werden die Stoßbrigaden zu einem Kursus zusammengefaßt. Neben der allgemeinen Schulung werden die besonderen Eisenbahnerprobleme und die Bearbeitung der Dienststellen behandelt. Auch alle mit der RGO. sympathisierenden entlassenen Eisenbahner sollen in die Stoßbrigaden einbezogen werden.

Die hier mitgeteilten beiden Tatsachen zeigen, wie man konkret an die Organisierung der Einheitsfront und die Bearbeitung der Betriebe herangehen muß und werden allen Eisenbahnern zur Nachahmung empfohlen.

Leitergerüstbauer verhindern Spaltungsaktion

Die Streikenden stellen sich einmütig hinter die einheitliche Streikleitung

Nachdem es der Gewerkschaftsbürokratie gelungen ist, die Front der streikenden Asphalteure und der streikenden Wurstarbeiter zu sprengen, versuchte sie dasselbe auch bei den streikenden Leitergerüstbauern. Der Gesamtverband hat sich an die Zentrale Streikleitung, die auf dem Boden der breitesten Einheitsfront gewählt worden ist, und in der Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen und auch unorganisierte Kollegen sitzen, mit dem Ansinnen gewandt, die von den Kollegen gefaßten Beschlüsse umzustoßen. Die streikenden Leitergerüstbauer haben der Bürokratie einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Die Gesamtverbandsbürokratie forderte, daß die Arbeit bei den Firmen, die die Forderungen der Streikenden bewilligt haben, sofort aufgenommen wird und daß die Gesamtverbandsbürokratie die Vollmacht erhält, mit den Unternehmern im Auftrage der Streikenden zu verhandeln. Auf diese Weise sollte auch der Streik der Leitergerüstbauer abgewürgt werden.

Gestern haben die Streikenden in einer Vollversammlung dieses Ansinnen einmütig abgelehnt und eine Resolution angenommen, durch die sie sich nach wie vor hinter die von ihnen gewählte Streikleitung stellen und ihr allein das Recht auf Verhandlungen einräumen. Sie haben einmütig beschlossen, den Streik mit aller Schärfe bis zum vollen Siege, d. h. bis zur völligen Zurückschlagung des Lohnabbaues weiterzuführen.

Die Streikenden appellieren an die gesamte Arbeiterschaft, ihre Sammelaktion mit verstärkten Kräften fortzusetzen. Von allen Sammellisten, die im Umlauf sind, sollen heute noch Teilabrechnungen bei der Streikleitung vorgenommen werden.

Rohrleger im Streik

Die 38 Mann starke Belegschaft der Rohrlegerfirma Bewela (Berliner Wasser- und Kesselwart GmbH.), Bayreuther Straße 13, ist unter Führung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe einmütig gegen den Lohnabbau in den Streik getreten.

Der Streik konnte ausgelöst werden, nachdem eine feste Einheitsfront zwischen den Kollegen des roten Verbandes und des DMV. hergestellt war. Alle Kollegen werden zur Solidarität aufgefordert, insbesondere die erwerbslosen Kollegen haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß keine Streikbrecher vermittelt werden.

Neue Streiks im Reich

Die Belegschaften von vier Stuttgarter Holzbetrieben sind gegen einen Lohnabbau von 12 bis 20 Prozent, den die Unternehmer durchführen wollten, geschlossen in den Streik getreten.

Auch die Möbeltransportarbeiter Hamburgs stehen einmütig im Streik gegen einen Lohnabbauschiedsspruch. Sie konnten bereits einen Teilerfolg buchen, indem mehrere Firmen den Lohnabbau zurücknahmen.

In der Schuhfabrik Spieß in Stuttgart sollte in einer Abteilung ein Lohnabbau vorgenommen werden. Darauf trat gestern morgen die ganze Abteilung in den Streik.

Verschärfung des Bauschlosserstreiks

Die Stimmung der streikenden Bauschlosser ist äußerst zuversichtlich, da bereits zwei Drittel der bestreikten Betriebe den Lohnabbau zurückgenommen haben. Aus den Kreisen der Streikenden wird uns geschrieben:

Am 2. Juni tagte die Streikversammlung der Bau- und Geldschrankschlosser, in der der Bericht von den Verhandlungen bei dem Schlichter Wissell am 1. Juni gegeben wurde. Die Verhandlungen scheiterten. Die Unternehmer forderten sogar noch weiteren Lohnabbau, der noch unter dem des gefällten Schiedsspruchs liegt. Die Verhandlungskommission der Bauschlosser lehnte die Vorschläge der Unternehmer ab.

Die Streikversammlung beschloß: Die zentrale Streikleitung wird ermächtigt, die Streikfront auf möglichst breite Basis zu stellen. Die Arbeiteröffentlichkeit wird aufgefordert, bei Ausführung von Bauschlosserarbeiten darauf zu achten, daß die Bauschlosser im Besitz einer Berechtigungskarte sind. Die Arbeiterschaft Berlins wird ersucht, uns in unserem Kampfe zu unterstützen, alle Arbeiter in Bauschlossereien ohne Arbeitsberechtigungskarte (rot) an die Zentralstreikleitung zu weisen oder derselben Mitteilung zu machen. Durch das Scheitern der Verhandlungen sieht sich die Zentralstreikleitung veranlaßt, den Streik zu verbreitern, nachdem zwei Drittel von den bis jetzt in den Kampf gezogenen Betrieben die Forderung: Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages unterschrieben haben.

Das Streiklokal der Zentralstreikleitung befindet sich im Verbandshaus der Metallarbeiter, Eingang Elsasser Straße 86/88, Parterre-Saal. Telephon: D 2 5658. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt am Donnerstag, dem 9. Juni, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr.

Gewerkschaftsbürokratie organisiert den Streikbruch bei den Fleischern

Nach den uns bisher vorliegenden Berichten hat die Gewerkschaftsbürokratie gestern morgen bei allen Fleischerbetrieben den Streikbruch organisiert. Ueberall dort, wo die Kollegen des reformistischen Verbandes den Kampf gegen Maßregelungen weiterführen wollten, wurden sie von der Gewerkschaftsbürokratie unter stärksten Druck gesetzt.

So konnte der Inhaber der Firma Robert Koschwitz wörtlich erklären:

„Wenn Sie die Arbeit bis 10.30 Uhr nicht aufnehmen, werde ich bei Schulz (es handelt sich um den reformistischen 2. Vorsitzenden des Verbandes, d. Red.) anrufen, der mir sofort die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung stellt."

Da der größte Teil der Kollegen sich unter diesem Druck bestimmen ließ, in die Betriebe zu gehen, konnten die Unternehmer zum großen Teil unter aktiver Mitwirkung der Gewerkschaftsbürokratie Maßregelungen vornehmen. So sind bei Koschwitz allein über die Hälfte der Streikenden auf der Strecke geblieben.

Wir werden morgen noch auf diese Abwürgung des Fleischerstreiks zurückkommen.

Ausschluß aus der RGO.:

Folgenden Kollegen Fritz Beelitz, Reinickendorf, Davoser Straße 208, Georg Karaermann, Schönholzer Straße 10, Max Weihradschko, Christianiaer Straße 31, wurden wegen arbeiterschädigenden Verhaltens aus der RGO. ausgeschlossen.

Erfolgreicher Bauarbeiterkampf

Die Belegschaft der Baufirma Schaubitzer, Bitterfeld, Baustelle Schlaiz, hat den von der Geschäftsleitung versuchten Lohnabbau erfolgreich durch Streik abgewehrt. Der Streik wurde auf Initiative des roten Verbandes und der RGO. ausgelöst und in geschlossener Einheitsfront durchgeführt. **Vorbildlich war die Solidarität der Erwerbslosen, die den Kampf in jeder Weise aktiv unterstützten.** Angesichts dieser geschlossenen Kampffront sah sich der Unternehmer gezwungen, **die Weiterzahlung der alten Löhne schriftlich zu garantieren.**

Provokation der Schuhindustriellen

Die Schuhindustriellen haben den Tarifvertrag für das ganze Reich gekündigt. Sie fordern 14 Prozent Lohnabbau. Die Arbeiter müssen sofort Streikrüstungen treffen.

Wir werden morgen ausführlich Stellung nehmen.

Einheitsverband für das Baugewerbe

Bezirksdelegiertenkonferenz heute, 17 Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstraße 17.

Delegiertenausweis und Verbandsbuch dienen als Ausweis.